

**Ansprache von
Oberbürgermeister
Daniel Schranz
zur Einbringung des städtischen Haushalts 2018
in der Sitzung des Rates
der Stadt Oberhausen am 3. Juli 2017**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Verehrte Ratsmitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
meine Damen und Herren!

Über Geld spricht man nicht! Diese Redewendung kennen Sie sicher alle. Aber warum, meine Damen und Herren, reden die Menschen eigentlich so ungern über Geld? Auf diese Frage gibt es unzählige, mehr oder wenige schlüssige Antworten und auch meine Antwort erhebt keinesfalls Anspruch auf Allgemeingültigkeit, ich will sie Ihnen aber trotzdem verraten.

Grundsätzlich gibt es – glaube ich – zwei Anlässe, dem Thema Finanzen vorzugsweise aus dem Weg zu gehen: Entweder ist zu wenig Geld in der Kasse – eine Situation, die man ungerne verbreitet. Oder aber das Konto strahlt in sehr hellem Glanze. Aber auch das ist eine Nachricht, die die Deutschen – im Gegensatz zu manchen anderen Nationen – nicht unbedingt auf den Markt tragen wollen. So existiert offenbar eine Art reflexartiger Zurückhaltung, sobald es um das liebe Geld geht.

Bei den öffentlichen Finanzen, meine Damen und Herren, wäre diese Zurückhaltung jedoch das Letzte, was wir gebrauchen könnten. Hier und heute bringen wir den Entwurf des städtischen Haushalts 2018 ein, deshalb sind wir schon von Rechts wegen verpflichtet, über Geld zu sprechen. Es ist darüber hinaus aber auch wichtig, dass wir heute über die Oberhausener Finanzen reden – auch wenn die aktuellen Zahlen keinen Anlass zu Freudensprüngen geben. Aber erstens ist es ein Gebot der Transparenz, in aller Offenheit den Status quo der finanziellen Lage unserer Stadt zu skizzieren. Und zweitens ist der Haushalt als *die* Grundlage kommunalen Handelns immer auch Anlass, im demokratischen Wettstreit um die Entwicklung unserer Stadt zu ringen.

Zu diesem Wettstreit gehört dabei, dass die politischen Lager nicht nur verschiedene Sichtweisen haben, sondern diese auch kontrovers diskutieren. Davon lebt Demokratie. Die Wahlkämpfe dieses Jahres, aktuell noch die Nachwehen der Landtagswahl und der nahende Bundestagswahlkampf, tragen dabei sicher dazu bei, die Unterschiede zu betonen. Ich bin der festen Überzeugung, Parteipolitik muss sein, alles andere wäre naiv. Und dennoch müssen wir uns – glaube ich – auch in Wahlkampfzeiten die Fähigkeit erhalten, das Wohl der Stadt über parteipolitische Interessen zu stellen und unsere gemeinsamen Interessen auch gemeinschaftlich zu vertreten.

Was das bedeuten kann und sollte, zeigt aus meiner Sicht ein erster Blick auf die für uns relevanten Vereinbarungen der neuen Nordrhein-Westfalen-Koalition.

- Die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel für die Kindertagesbetreuung, um die strukturelle Unterfinanzierung zu beseitigen,
- ein Rettungsprogramm für die Träger von Kindertageseinrichtungen,
- die Anpassung der Schul- und Bildungspauschale,
- die Senkung des kommunalen Anteils beim Unterhaltsvorschuss und die Übernahme der Unterhaltsheranziehung durch die Finanzämter,
- die Erhöhung der Zuschüsse für kommunale Theater,
- die Fortsetzung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen, dabei aber die Beendigung des Zwangs zu Steuererhöhungen und dafür die Einbeziehung der Altschuldenproblematik,

diese und weitere Vereinbarungen, meine Damen und Herren, können zu einer deutlichen Entlastung der Kommunen und damit auch von Oberhausen beitragen, was eigentlich für uns alle sehr begrüßenswert sein sollte.

Und gleichzeitig werden wir gemeinsam dafür streiten müssen, dass die angekündigte Überprüfung des Systems der Gemeindefinanzierung nicht zu einer Verschlechterung der Finanzausstattung von uns und der anderen finanzschwachen Großstädte führt. Dies gilt sowohl für die Berücksichtigung von Soziallasten als auch für die Größenbedingt höheren Ausgaben großer Städte. Unsere Oberhausener Interessen müssen hier im Mittelpunkt stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnert sich ja der ein oder andere noch an das Motto, die Überschrift meiner letztjährigen Rede zur Einbringung des Haushalts: „Gemeinsam sind wir stärker“! An dieser Erkenntnis hat sich nicht nur nichts geändert, ich glaube, dass wir seit der letzten Haushaltseinbringung trotz zahlreicher in diesem Ratssaal sehr ernsthaft geführter Auseinandersetzungen an sehr vielen Stellen auch den Willen unter Beweis gestellt haben, Oberhausen gemeinsam nach vorn zu bringen. Wir sind auf gutem Weg, davon bin ich überzeugt, wenn auch noch lange nicht am Ziel.

Jedenfalls fällt es nicht schwer, Anzeichen für Aufbruch zu benennen. Gemeinsam haben wir im vergangenen September über Parteigrenzen hinweg im Rat ein Konzept zur Verbesserung von Sauberkeit und Ordnung angestoßen. Inzwischen liegt dieses Konzept zu einer Sauberkeitsoffensive nicht nur vor; es steht heute auf unserer Tagesordnung. Wir haben vielmehr auch bereits gehandelt und auf die Probleme mit einer – wie man glaube ich sagen darf – schlüssigen Umsetzungsstrategie reagiert. Eine Strategie, die auf den drei Säulen Prävention, Reinigung und Ahndung beruht.

Bereits stattgefunden hat in diesem Rahmen auch der erste sechstägige Ordnungsmarathon, bei dem wir verstärkt und konsequent vom frühen Morgen bis zum späten Abend gegen Verstöße jeder Art vorgehen. Und somit auch endlich diejenigen angehen, die mit Überzeugungsarbeit leider nicht mehr zu erreichen sind und meinen, sich an unsere gemeinschaftlichen Regeln nicht halten zu müssen.

Gestartet sind wir mit dieser gemeinsamen Aktion von Kommunalem Ordnungsdienst und WBO sowie mit Unterstützung der Polizei kürzlich in der Alt-Oberhausener Innenstadt. Und ich denke, wir können hier durchaus von einem ersten Erfolg sprechen, auch wenn natürlich ein Jahrzehnte altes Dauerproblem wie die fehlende Sauberkeit keinesfalls im Handstreich zu lösen ist. Im Rahmen dieses ersten Ordnungsmarathons sind nicht weniger als 375 Ahndungen ausgesprochen worden, 50 Platzverweise wurden erteilt und an fast 60 Stellen das verunreinigte Erscheinungsbild verbessert.

Ein schönes Signal haben dabei übrigens die zahlreichen Anwohnerinnen und Anwohner sowie Besucherinnen und Besucher der Marktstraße gesendet, die unseren Ordnungskräften bei ihrer Arbeit stehend applaudiert haben. Diese Erfahrung, meine Damen und Herren, sollten wir schnellstmöglich auch auf die Zentren von Sterkrade und Osterfeld übertragen.

Weil Sauberkeit und Sicherheit zwei Seiten der gleichen Medaille sind, versprechen wir uns eine zusätzliche, deutliche Verbesserung der Situation auch durch den Einsatz unserer neuen mobilen Wache von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst. Auch diese Einrichtung, die vor vier Wochen ihre Premiere gefeiert hat, ist ein Ergebnis von Beratungen dieses Rates und konnte in enger Abstimmung von Stadtverwaltung und Polizei auf den Weg gebracht werden, wofür mein ausdrücklicher Dank unserem Polizeipräsidenten Ingolf Möhring gilt. Jetzt arbeiten wir noch an einer festen Anlaufstelle von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst auf der Marktstraße und vernehmen auch dazu positive Signale.

Wenn wir es so schaffen, die Sauberkeit und Sicherheit in unseren Stadtteilzentren zu verbessern und gleichzeitig mit den verschiedenen Förderprogrammen bis zu 80 Millionen Euro in die drei Innenstädte zu investieren, dann haben wir eine große Chance, Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld wieder heraus zu putzen.

Dies alles, meine Damen und Herren, schürt Hoffnung. Gute Hoffnung. Und tatsächlich sind die bisher genannten nicht die einzigen positiven Nachrichten.

Bei der Entwicklung unserer Flächenreserven im Oberhausener Norden sind wir zwar noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg. Die Erschließung über die geplante neue Straße kann die Probleme lösen, die uns seit vielen Jahren daran gehindert haben, hier neue Unternehmen und damit Arbeitsplätze anzusiedeln.

Das beispiellose Generationenprojekt des Emscherumbaus ist eines der größten ökologischen Projekte weltweit – und doch wird es in unserer Öffentlichkeit immer noch nicht genug gewürdigt. Mehr als 100 Jahre lang war der Fluss zur stinkenden Kloake degradiert, jetzt werden alleine bei uns in Oberhausen – dort, wo immerhin das längste Teilstück der Emscher fließt – über 640 Millionen Euro investiert, um die Emscher vom Abwasser zu befreien. Das ist nicht nur eine unglaubliche Wohnumfeldverbesserung für alle Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch eine Riesenchance für die Stadtentwicklung. Vor zwei Wochen konnten wir den letzten großen Durchstich für den neuen Abwasserkanal feiern; bald wird dann vielleicht auch bei uns der Eisvogel an der Emscher zu sehen sein; mein Kollege Ulli Sierau hat ihn in Dortmund bereits gesichtet.

Dies würde dann gut zu unserem hervorragenden Ruf als Parkstadt und damit zu unserem grünen Image passen. Erst kürzlich haben wir in der NRW-Rangliste der fahrradfreundlichsten Städte wieder den zweiten Platz hinter dem unschlagbaren Münster belegt.

Die aktuelle Ausstellung „Wunder der Natur“ in unserem Gasometer ist nicht nur die bisher erfolgreichste Oberhausener Ausstellung überhaupt: Wir hoffen in wenigen Tagen den 1 Millionsten Besucher zu begrüßen. Gleichzeitig war sie die erfolgreichste Sonderausstellung des vergangenen Jahres in ganz Deutschland.

Das Theater sorgte in der letzten Spielzeit der Ära Carp nicht nur für weitere positive Schlagzeilen, sondern verzeichnete auch die zweitbeste Besucherzahl der vergangenen 25 Jahre.

Und auch darüber hinaus macht Oberhausen kulturell von sich reden. „Hier werden Sie unterhalten“, hat Peter Szymaniak dazu im Leitartikel einer WAZ-Wochenendbeilage vom 17. Juni getitelt. Gerne möchte ich daraus eine kurze Passage zitieren. „Man kann ja zu allem stehen wie man will“, hieß es dort. „Zu Schlagbarden wie Michael Wendler beim Festival Oberhausen Olé, zum Udo-

Lindenberg-Deutschrock, zur kalifornischen Punk-Rockband Blink 182, zur Sterkrader Rummelkirmes, zum gepflegten Jan-Biether-Jazz in der Fabrik K14 oder zur Disco-Landschaft von Altenberg bis Turbinenhalle. Man kann aber nun wirklich nicht sagen, dass einem in Oberhausen langweilig sein muss.“

All das zusammengenommen, meine Damen und Herren, trägt dazu bei, dass Oberhausen im letzten Jahr mehr Übernachtungsgäste begrüßen konnte als je zuvor und mit einem Zuwachs von 8,2 Prozent klar über dem positiven Trend des Ruhrgebiets mit 2,8 Prozent lag. Parallel dazu ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr bei uns um über 800 gesunken, während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen im Vergleich zu unseren Nachbarstädten überproportional steigt.

Warum, meine sehr verehrten Damen und Herren, trage ich diese Daten und Fakten hier vor? Ganz sicher nicht, um von den ja auch vorhandenen Problemen abzulenken. Sondern um dafür zu werben, dass wir diese positiven Entwicklungen nicht nur gemeinsam möglich machen, sondern auch gemeinsam offensiv nach außen vermarkten. Denn in gleich mehreren Diskussionsveranstaltungen der letzten Tage und Wochen ist mir aufgefallen, wie schwer wir uns in Oberhausen bisweilen tun, mit unseren Pfunden auch zu wuchern.

Wir dürfen es aber doch wohl nicht einfach bei der statistischen Feststellung belassen, dass wir nicht zu einer abhängigen Region Deutschlands gehören – Sie werden sich an diese Diskussion vor einigen Wochen erinnern. So wie die neue Standortmarketingkampagne dies für die Metropole Ruhr tut, müssen wir unsere Stärken genauso auch ins Schaufenster stellen.

Zum anderen, meine Damen und Herren, trage ich diese positiven Entwicklungen hier vor, damit wir das Erreichte auch gemeinsam wertschätzen. Es macht nämlich keinen Sinn, das gemeinsam Erreichte gleich wieder zu zerreden.

Die neue Kultur der Bürgerbeteiligung etwa – mit den Ende des letzten Jahres beschlossenen Leitlinien, aber auch mit Bürgerrat und Bürgerforum – müssen wir jetzt leben und nicht gleich wieder so tun, als würde sie nicht funktionieren. An der Vorhabenliste, die heute zum dritten Mal dem Rat vorliegt, kann alles geändert oder ergänzt werden. Dass Bürgerbeteiligung aber von einigen mit der Durchsetzung der Interessen kleinerer Minderheiten gleichgesetzt wird, das ist ganz sicher ein Missverständnis.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend auch auf die Herausforderungen eingehen, die wir noch nicht gelöst haben. Dies gilt für den Haushalt 2018 ebenso wie etwa für die Realisierung zukunftsgerichteter Investitionen in unsere Bildungslandschaft. Ja, ich kann die von vielen Seiten geäußerte Unzufriedenheit über die Vorlage zur Guten Schule 2020 und das nicht weit genug gefasste und nicht tief genug ausgearbeitete Gesamtkonzept für unsere Schulbaumaßnahmen nachvollziehen. Gleichzeitig müssen wir aus meiner Sicht aber dafür sorgen, dass wir nicht erst noch Jahre an einem Gesamtkonzept arbeiten, bevor die ersten Baumaßnahmen realisiert werden können. Denn schlechtestenfalls ließen wir dann auch Fördermittel verfallen.

Parallel zu einer möglichst zügigen Abarbeitung der Investitionswünsche müssen wir daher das Funktionieren des Gesamtsystems verbessern, was für die Struktur und Organisation der Schulverwaltung ebenso gilt wie für die Neuordnung der OGM. Zu beidem liegen erste Konzepte auf dem Tisch. Zur Wahrheit gehört aber eben auch: so wichtig der weitere Personalabbau mit Blick auf unseren Haushaltsausgleich auch ist und bleiben wird, ohne ausreichendes und qualifiziertes Personal werden wir die bemängelte Situation nicht abstellen können.

Zur Wahrheit über unsere Haushaltslage, meine Damen und Herren gehört: So erfreulich der erstmals seit 25 Jahren wieder ausgeglichene Haushalt 2017 ist – wir werden an vielen Stellen weiter sparen müssen und uns nicht alles erfüllen können, was wir uns für 2018 wünschen.

Die Zahlen des Haushaltsentwurfes wird Ihnen gleich der Kämmerer vortragen. Zu einer deutlichen Lücke, die bis zur Haushaltsverabschiedung noch geschlossen werden muss, kommen nun langsam, aber sicher weitere nicht realistisch geplante oder realisierbare Haushaltssanierungsmaßnahmen hinzu, die kompensiert werden müssen.

Richtig ist, dass wir die enormen Schulden, die die Revierstädte drücken, auch in den nächsten Jahrzehnten nicht ohne Hilfen von außen tilgen können. Mit diesem Problem stehen wir in Oberhausen nicht allein, deshalb brauchen wir den Schulterschluss mit anderen Kommunen. Auch die hohen Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer sind kein Alleinstellungsmerkmal von Oberhausen. Wie Sie alle wissen, soll der Gewerbesteuerhebesatz, wie 2012 beschlossen, zum 1. Januar 2018 aber noch einmal steigen. Diese Erhöhung – da bin ich mir sicher – gefällt weder der Verwaltung noch der Politik noch den Bürgerinnen und Bürgern. Und tatsächlich schlägt der Gutachter KPMG mit seinem Konzept zur Neuordnung der OGM ja Steuereinsparungen in einem Umfang von jährlich mehr als fünf Millionen Euro vor, was ziemlich genau den Mehreinnahmen durch die höhere Gewerbesteuer entspräche.

Realität bleibt aber auch, dass wir nach dem heutigen Stand der Haushaltsplanung ohne die Erhöhung der Gewerbesteuern ein zusätzliches Millionenloch im Haushalt hätten. Bis zur Verabschiedung des Haushaltes haben wir nun knapp vier Monate Zeit, um gemeinsam über die Strategie für den Haushaltsausgleich zu diskutieren. Ich bitte Sie herzlich, diese Zeit zu nutzen. Denn vielleicht schaffen wir es ja gemeinsam, doch noch neue Spielräume zu entdecken. Dass wir am 27. November einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden müssen, steht für mich dabei außer Frage.

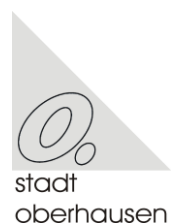
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam sind wir stärker! Das gilt für den Haushalt wie darüber hinaus. Und das habe ich heute ebenso wie in den vergangenen Monaten betont und das werde ich auch in Zukunft tun. Denn wir alle hier haben die gleiche Motivation: unser Ziel ist es, Oberhausen nach vorn zu bringen. Dafür und für Ihr Engagement möchte ich Ihnen daher heute auch sehr herzlich Dank sagen. Glückauf!

Soziallasten erschweren Haushaltsausgleich!

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2018 -

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
03. Juli 2017



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren im Rat und auf den Zuhörerrängen, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

seit der Einbringung des Haushalts 2017 hat eine neue Zeitrechnung für Oberhausen begonnen. Zum ersten Mal nach 25 Jahren gelingt es uns einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und aller Voraussicht nach auch im Jahresabschluss ausgeglichen zu haben. Dies ist kein Selbstzweck zur Freude des Stadtkämmerers, sondern gesetzliche Verpflichtung nach der Gemeindeordnung und auch wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung. Ohne den Stärkungspakt und den Anpassungen beim Gemeindefinanzierungsgesetz durch die letzte Landesregierung und den eigenen massiven Bemühungen und Belastungen der Oberhausener Bevölkerung wäre das nie möglich gewesen. In der Genehmigung zum Haushalt weist die Regierungspräsidentin auch ausdrücklich auf den notwendigen Haushaltsausgleich hin. Deshalb lassen Sie mich bevor ich auf den Haushalt 2018 eingehe, kurz auf den laufenden Haushalt 2017 blicken. Auch weil die aktuellen Entwicklungen sich in 2018 fortsetzen.

Wir rechnen für das laufende Jahr mit zum Teil massiven Mehrbelastungen in den Bereichen Jugend, Flüchtlinge und Personal. Aufgrund der ausgelaufenen Landes-einrichtungen zur Flüchtlingserstunterbringung in Oberhausen, der steigenden Zahl geduldeter Flüchtlinge und der unzureichenden Finanzierung der Kosten für Unterbringung und der wirtschaftlichen Hilfen, rechnen wir mit einer Mehrbelastung von 7,5 Mio. €. In der Jugendhilfe wirkt sich der Anstieg aus dem Jahr 2016 auch in 2017 aus und wir rechnen mit einer Mehrbelastung von etwa 3,5 Mio. €, die nur deshalb nicht höher sein wird, weil wir nahezu 6 Mio. € Erstattungen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus den Vorjahren bekommen. Auf Grundlage des vorliegenden Personal- und Organisationskonzeptes (POK) gehen wir von 1,6 Mio. € Mehraufwand beim Personal aus. Trotzdem werden wir aufgrund einmaliger Mehrerträge den Haushalt ausgleichen können. Der Landschaftsverband hat 6,3 Mio. € der Umlage rückerstattet und wir können Rückstellungen in Höhe von ca. 6,2 Mio. € auflösen, denen kein Aufwand gegenübersteht. Diese einmaligen Verbesserungen stehen uns aber im nächsten Jahr nicht zur Verfügung.

Aus diesem Grunde ist im Augenblick auch der Haushaltsausgleich für 2018 noch nicht sichergestellt. Der Ihnen jetzt vorgelegte Haushalt weist ein Defizit von 8,1 Mio. € aus. Das macht deutlich, dass auf uns alle - bis zur Verabschiedung im November - noch ein gehöriges Stück Arbeit wartet, um den Ausgleich hinzubekommen. Auch die Investitionen sind mit 10 Mio. € höher angesetzt, als von der Kommunalaufsicht vorgesehen. In der Verfügung zur Haushaltsgenehmigung 2017 weist die Bezirksregierung ausdrücklich auf die Investitionsgrenze hin. Es war aber für mich wichtig, dass wir alle angemeldeten Investitionen aufnehmen, um dem Rat die Chance zu geben, in den Haushaltsberatungen über die Investitionen zu entscheiden. Auch in 2018 bieten die Investitionsprogramme des Bundes und des Landes die Möglichkeit die Investitionsquote zu erhöhen und einen Teil unseres Investitionsstaus abzubauen. Um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten, bedarf es aber nicht nur einzelner temporärer Programme, sondern einer stetigen Investitionsförderung. Eine Investitionsquote von unter 50% wie in den Vorjahren, ist zu niedrig, um das öffentliche Vermögen zu erhalten.

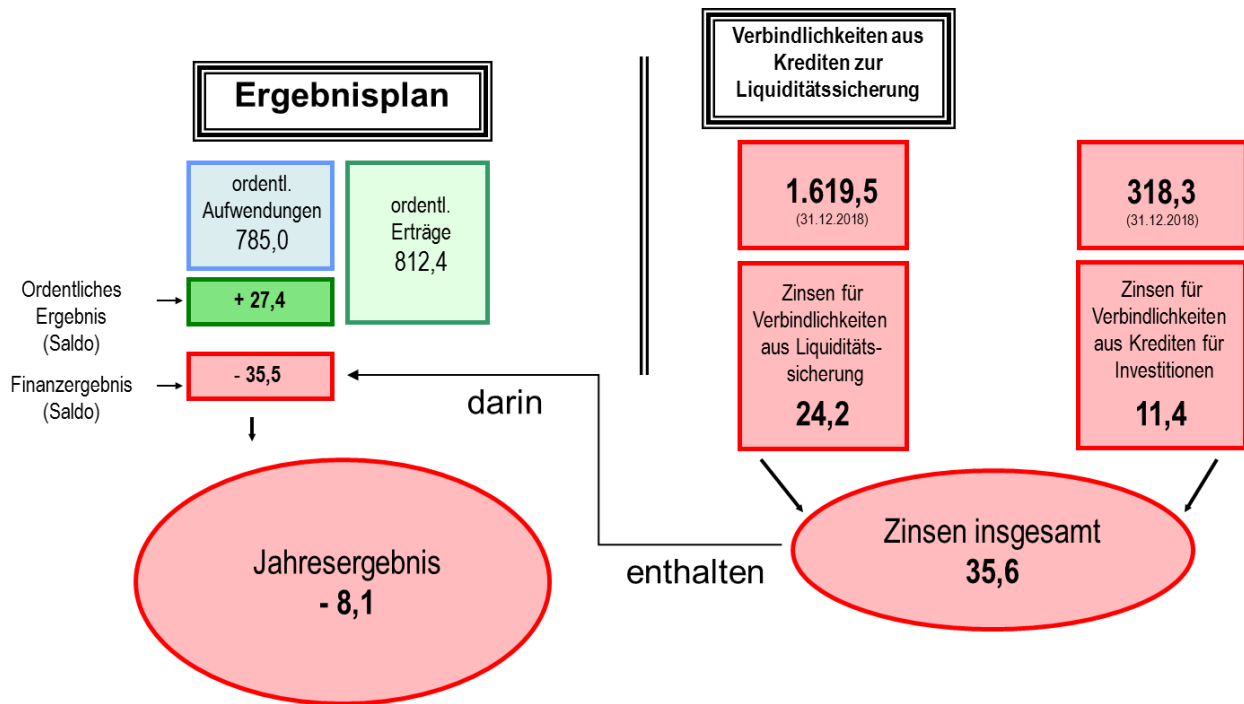


Abbildung 1: Gesamtdarstellung des Ergebnisplans im Haushaltsplanentwurf 2018, Bereich 1-1, Stadt Oberhausen.

Die schwierige Haushaltssituation in 2018 hat verschiedene Ursachen. In Fortsetzung zu 2017 erwarten wir auch in 2018 einen höheren Personalaufwand als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen – und zwar in einer Höhe von 4,25 Mio. €. Begründet ist dies sicherlich auch durch gesetzliche Vorgaben und Rechtsprechung z.B. bei der notwendigen Einstellung von Feuerwehrleuten und Erzieher/-innen oder durch das Unterhaltsvorschussgesetz des Bundes. Es gibt aber auch Personaleinstellungen ohne gesetzliche Verpflichtung und ohne Kompensation. Dringend erforderlich ist die Aufgabenkritik und weitere Organisationsuntersuchungen wie im POK gefordert, um die im Haushaltssanierungsplan (HSP) beschlossenen Personaleinsparungen realisieren zu können.

Überall in Deutschland hat sich der Jugendhilfeaufwand erhöht. Die Jugendhilfe ist mittlerweile der am stärksten steigende Sozialaufwand. In Oberhausen ist diese Entwicklung aber überproportional zu beobachten. Der Anstieg der letzten Jahre hat auch die mittelfristige Finanzplanung - insbesondere für die erzieherischen Hilfen - über den Haufen geworfen. Wir rechnen in 2018 mit einem Aufwand von 67,5 Mio. €, was eine Mehrbelastung von über 5 Mio. € ausmacht. Hoffnung macht die Umsetzungs-evaluierung der Beratungsfirma „con_sens“, von der wir uns eine Rückführung der Jugendhilfekosten auf ein normales, mit anderen Ruhrgebietsstädten vergleichbares Niveau erhoffen.

Mio. €

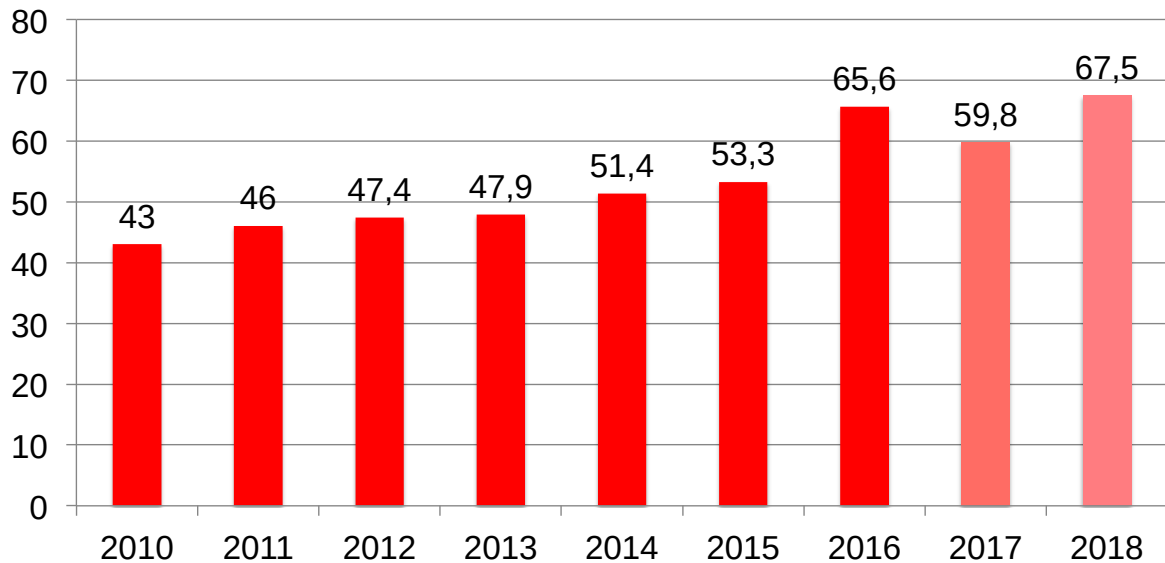
erzieherische Hilfen (Aufwand)

Abbildung 2: Darstellung des Aufwands für erzieherische Hilfen (2017 und 2018 sind Planzahlen, sonst Rechnungsergebnisse (RE), Dezernat 1, Stadt Oberhausen.

Seit 2014/2015 hat die Aufnahme von Flüchtlingen die Haushalte massiv belastet. Die finanziellen Auswirkungen halten weiterhin an und wirken sich auch im Haushalt 2018 aus. Für diese Aufgabe werden die Kommunen von Bund und Land völlig unzureichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Für das nächste Jahr rechnet die Fachverwaltung zurzeit mit 2.400 Flüchtlingen im Regelkreis des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es kann davon ausgegangen werden, dass wir höchstens für 1.700 im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes eine Entlastung von 10.000 € jährlich bekommen. Für die anderen 700, die den Status der Geduldeten haben, bekommen die Kommunen nur für die ersten drei Monate eine Teilerstattung. Danach trägt die Kommune die gesamten Kosten selbst. Dies bedeutet für den Haushalt eine Gesamtbelastung in Höhe von 28,6 Mio. € nur für Verpflegung, Gesundheitsversorgung und Unterbringung. Darüber hinaus gehende Personalkosten für die Verwaltung und die sozialarbeiterische Betreuung sind noch nicht einmal mitgerechnet. Erstattet werden nach der Schätzung der Fachverwaltung nur 16,8 Mio. €. Damit verbleibt eine Belastung der Stadt von fast 12 Mio. €. Statt diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung durch Bund und Länder zu finanzieren, werden diese Lasten den Kommunen aufgebürdet, die mit der Integration der neuen Einwohner/-innen in die Stadtgesellschaft schon genug zu tun haben. Ich empfinde es mittlerweile als unerträglich, wenn sich der Bund für seine „schwarze Null“ feiern lässt, wir aber die Belastungen durch die Bundespolitik mit weiteren Sparbeschlüssen oder Steuererhöhungen ausgleichen müssen. Und wenn man weiß, dass der Bund sogar in der Lage war Rücklagen für die Flüchtlingspolitik zu bilden, dann wird es immer unverständlicher, dass die vollständige Übernahme der Kosten für diese Aufgabe in Berlin unterbleibt.

Wie in den Vorjahren hat Oberhausen eine extreme Sozialbelastung zu tragen. Ca. 50% unserer ordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Produktbereiche Soziales, Jugend, Gesundheit und die LVR-Umlage (überwiegend Sozialleistungen).

Der Bund hatte ursprünglich versprochen die Kommunen in diesem Bereich um 5 Mrd. € zu entlasten. Heute müssen wir feststellen, dass nur ein kleiner Teil dieser Entlastung nach sozialen Kriterien verteilt worden ist. Der größte Teil wird über die Umsatzsteuer überproportional an die reichen und wirtschaftlich starken Kommunen weitergereicht. Hier haben sich die Abgeordneten aus den reichen Regionen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzt.

Größtes Problem bei der Belastung mit Sozialausgaben bleibt die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Der Aufwand für die Grundsicherung im SGB II steigt trotz sich verbessernder Wirtschaftslage weiter an und wird mit 69 Mio. € voraussichtlich in 2018 einen neuen Spitzenwert erreichen. Auch wenn der Bund mittlerweile ca. 45% der Grundsicherung erstattet, sind Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung auch Ursache für die Armut in unserer Stadt, für schwierige Familienverhältnisse und für geringe Bildungs- und Zukunftschancen für die Kinder in diesen Armutsverhältnissen. (50% der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose und 80% sind SGBII-Bezieher)

Wie in den Vorjahren bleibt Oberhausen eine finanzschwache Stadt. Die geschätzten Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) in Höhe von 210 Mio. € sind auch in 2018 die wichtigste Ertragsquelle der Stadt. Sie machen etwa 25% aller Erträge aus und sind fast so hoch wie die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zusammen. Umso beängstigender sind die Ankündigungen der neuen Landesregierung in ihren Koalitionsvereinbarungen, die eine Überprüfung des Gemeindefinanzierungsgesetzes beim Soziallastenansatz vorsehen. Eine auch nur leichte Verschiebung der Finanzmittel aus dem GFG vom armen städtischen in den ländlichen Raum, macht einen Haushaltsausgleich in Oberhausen nicht mehr möglich und zerstört die Grundlage für einen erfolgreichen Stärkungspakt.

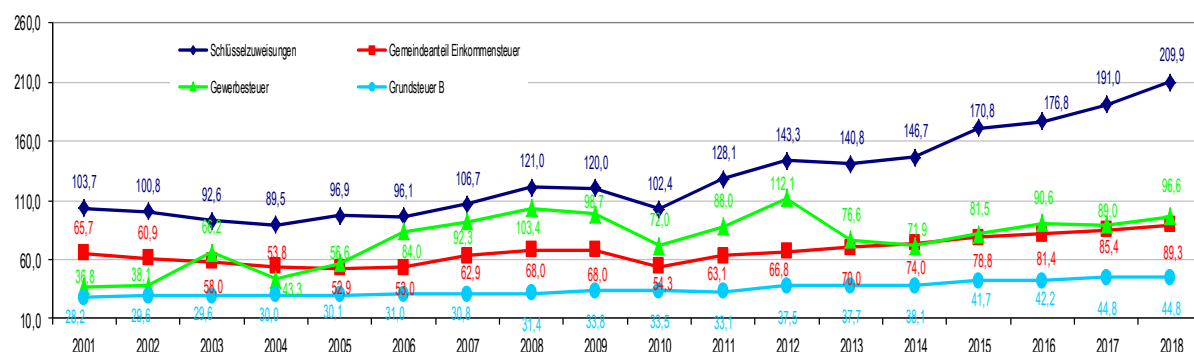


Abbildung 3: Steuern und steuerähnliche Erträge 2001-2018 (2017 und 2018 Planzahlen sonst Rechnungsergebnisse (RE)), Bereich 1-1, Stadt Oberhausen.

Unser Sorgenkind - die Gewerbesteuer - hat sich auf niedrigem Niveau als stabil erwiesen. Ob dies so bleibt müssen wir abwarten. Prognosen sind nur schwer aufzustellen. Festzuhalten ist aber, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung nur sehr schwach in Oberhausen angekommen ist. Neben den Schlüsselzuweisungen bleiben die umfangreichen Kostenerstattungen von Bund und Land wichtige Stütze zur Bewältigung der Aufgaben. Es zeigt sich aber immer deutlicher - nicht nur bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen -, dass die Kosten für den Sozialbereich stärker steigen als wir Entlastungen von Bund und Land bekommen.

Ohne die nachhaltige Übernahme der Sozialkosten insbesondere durch den Bund haben Städte im Strukturwandel keine Chance im Wettbewerb der Städte und Regionen. Da ist es nicht gut, dass der Bund die Erstattung der KdU-Kosten für die Flüchtlinge nur bis einschließlich 2018 gewährt.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage für unsere Stadt zahlt Oberhausen auch in 2018 5,6 Mio. € in den „Fonds Deutsche Einheit“. Mittlerweile haben wir seit der Wiedervereinigung 206 Mio. € eingezahlt, die wir alle durch neue Schulden finanzieren mussten und dies obwohl wir auf diese Mittel dringend angewiesen waren.

Dass der Stärkungspakt Stadtfinanzen trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wirkt, sieht man nicht nur am ausgeglichenen Haushalt, sondern auch am – wenn auch nur leichten – Rückgang der Verschuldung. Dies ist ein wichtiges Signal in die Finanzmärkte und hilft die Finanzierung des Haushaltes und die Sicherung der Liquidität sicherzustellen. Damit erfüllt der Stärkungspakt seine zentrale Funktion. Er beweist am Finanzmarkt, dass der Verantwortungsverbund zwischen Land und Kommunen existiert und damit der Kommunalkredit als wichtigstes Finanzierungsinstrument abgesichert wird. Umso wichtiger ist es, dass auch die neue Landesregierung begreift, dass der Stärkungspakt keine einfache Unterstützungsleistung für finanzschwache Kommunen ist, sondern als Stabilisator in einem labilen öffentlichen Finanzierungssystem wirkt. Wer dies durch Herumwerkeln am Gemeindefinanzierungsgesetz aufs Spiel setzt, gefährdet mehr, als nur den Haushaltsausgleich vor Ort in einzelnen Kommunen.

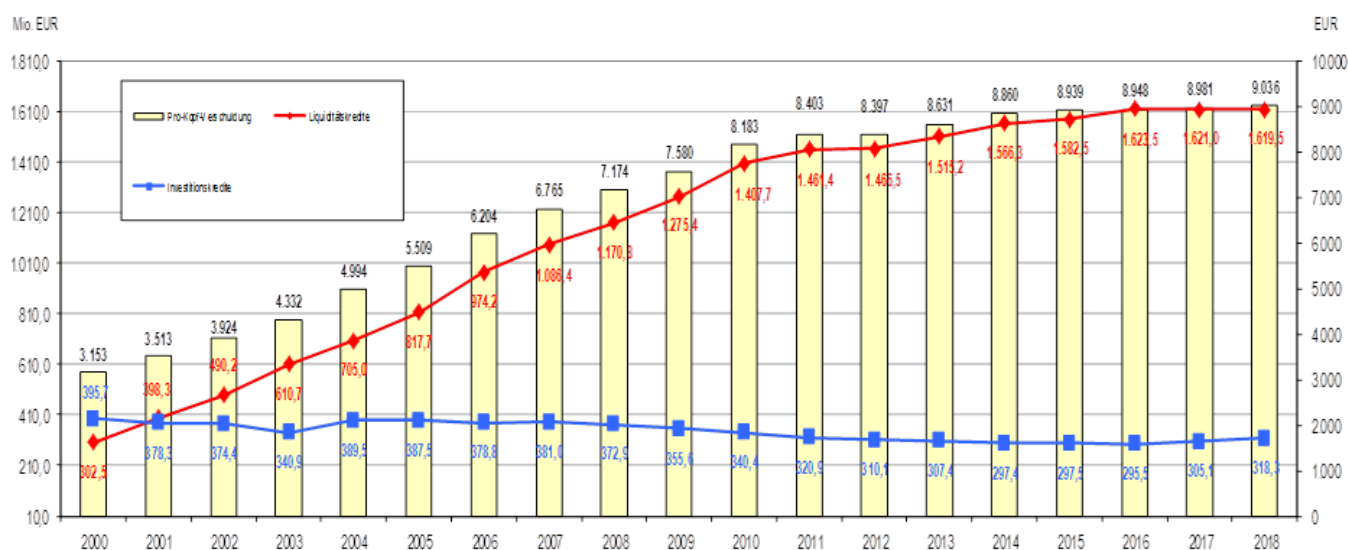


Abbildung 4: Entwicklung Gesamtverschuldung (2017 u. 2018 Planzahlen, Rest RE), Bereich 1-1, Stadt Oberhausen.

In den Haushaltsberatungen, die jetzt vor uns liegen, müssen wir gemeinsam drei Aufgaben erfüllen.

- Es gilt zuvorderst die Lücke im eingebrachten Haushalt in Höhe von 8,1 Mio. € zu schließen. Es kann sein, dass Veränderungen in den Finanzentwicklungen und den Rahmenbedingungen hilfreich sein können. Leider sagt die Erfahrung, dass man darauf nicht vertrauen sollte.

Ich glaube, dass wir in den nächsten Monaten nicht an einer weiteren Spardiskussion vorbei kommen werden. Auch wenn wir nur von einem Defizit von 1% des Haushaltes sprechen, sind wir verpflichtet den Ausgleich hinzubekommen. Die Alternative eines nicht ausgeglichenen und damit nicht genehmigten Haushaltes ergibt sich für uns nicht. Sowohl die rechtliche Verpflichtung der Stadt, aber auch die des Landes eröffnen nur die Alternativen, ob der Sparkommissar den Ausgleich beschließt oder wir dies aus eigener Kraft hinkommen. In der Zeit des nicht genehmigten Haushaltes werden die Stärkungspaktmittel nicht ausgezahlt, Förderprogramme sind nicht genehmigungsfähig und Investitionen nur sehr eingeschränkt umsetzbar. Eine solche Entwicklung würde uns in unseren Zukunftsbemühungen massiv zurückwerfen.

Da ich nicht daran glaube, dass Bund und Land ihren gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommen und die Flüchtlingskosten, die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit oder der Kinder- und Jugendhilfe umfangreicher übernehmen werden, gilt es auszuloten, wie das Defizit bis zur Verabschiedung ausgeglichen werden kann. Nach Adam Riese geht dies nur durch Ertragssteigerungen – sprich bei Steuern und Gebühren - oder Aufwandsersparnis – sprich Effizienzsteigerung oder Leistungsreduzierung – Das wird keine leichte Aufgabe für uns.

- Bei den Investitionen müssen wir in den Beratungen eine Auswahl treffen, um die von der Kommunalaufsicht festgelegten Investitionsgrenze nicht zu überschreiten. Wir dürfen aber auch nicht darunter bleiben und auf Investitionen verzichten. Deshalb gilt es auch weiter unsere Möglichkeiten zu verbessern, alle uns möglichen Investitionen aus dem Investitionshaushalt umzusetzen. Nur so kann das öffentliche Vermögen erhalten bleiben.
- Die dritte Aufgabe wird sein, den Haushaltssanierungsplan (HSP) zu aktualisieren. Alle Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden können oder nicht die erhoffte Einsparung erbringen, müssen kompensiert werden. In ihrer Verfügung zum Haushalt 2017 weist die Bezirksregierung darauf hin, dass wir die HSP-Maßnahme 270 ab dem Jahr 2019 kompensieren müssen, da diese nicht mehr umsetzbar ist. In ihrer Verfügung macht die Bezirksregierung zu Recht deutlich, dass die demografische Entwicklung heute eine andere ist, als zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Maßnahme. Statt sinkender Bevölkerungs- und auch Kinderzahlen haben wir steigende Kinderzahlen. Dies bedeute, dass eine Reduzierung von Maßnahmen und Infrastruktur und damit von Aufwand in der Kinder- und Jugendhilfe nicht erreichbar ist. Der Effekt in Höhe von 3 Mio. € muss an anderer Stelle eingespart werden. Im nächsten Controlling-Bericht zur ersten Jahreshälfte werden mit Sicherheit weitere Maßnahmen hinzukommen, deren Umsetzung nicht gelingt oder das nötige Einsparpotential nicht erreicht wird.

Neben der Kompensation von Maßnahmen gilt es den Haushaltsausgleich auch für die Folgejahre über den HSP abzusichern. Wie aus der mittelfristigen Finanzplanung deutlich wird, stehen wir für die Jahre 2019-2021 noch vor großen Herausforderungen. In den Jahren 2019 bis 2021 fehlen noch bis zu 17 Mio. € jährlich. Steigende Soziallasten und eine auslaufende Entlastung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge machen sich besonders bemerkbar.

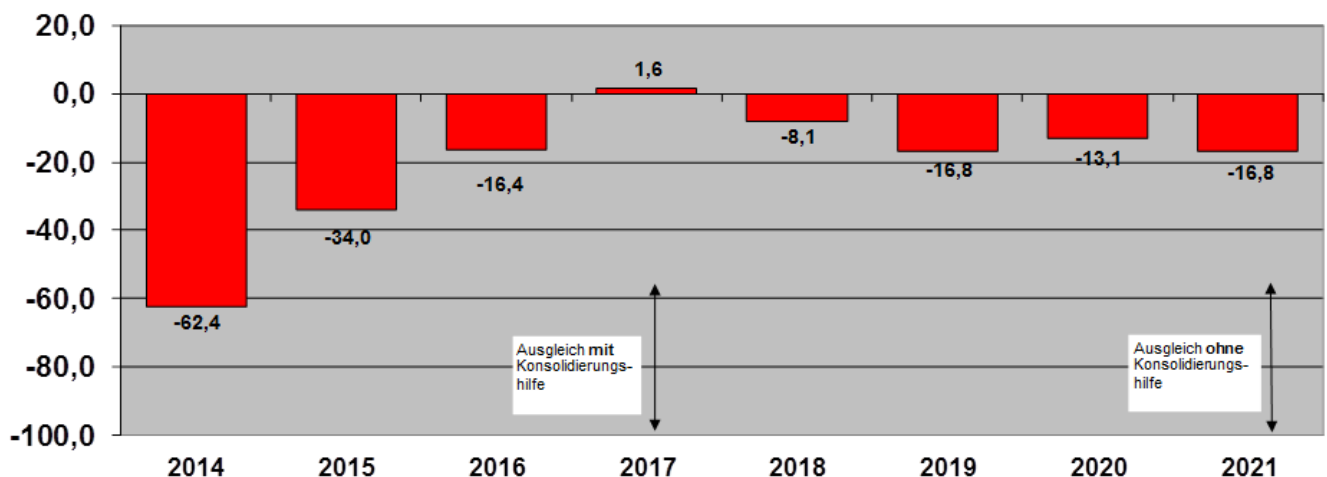


Abbildung 5: Ergebnisplanentwicklung von 2014 – 2021 in Mio. €, Bereich 1-1, Stadt Oberhausen.

Wenn man sich den Finanzierungsbedarf der Folgejahre anschaut und sich vergegenwärtigt, welche vielfältigen Bemühungen wir als Stadt bereits unternommen haben, um den HSP umzusetzen, dann weiß man auch wie schwierig diese neue Anstrengung sein wird. Dennoch zeigt die Höhe der Finanzierungslücken auch, dass dies machbar und umsetzbar ist.

Es wird aber auch deutlich, dass sich etwas an den Rahmenbedingungen für die Städte im Strukturwandel ändern muss, wenn man die Spirale aus steigenden Steuerbelastungen, sinkenden Leistungen und damit weiter sinkenden Wettbewerbschancen durchbrechen will. Hier haben Bund und Land eine besondere Verantwortung, die sie wahrnehmen müssen. Bisher ist dies insbesondere beim Bund nur unzureichend und oft nicht zielgerichtet geschehen. Ich erinnere an die Bundesentlastung, die über die Umsatzsteuer an die reichen und wirtschaftlich starken Kommunen verteilt worden ist. In den letzten Jahren waren die Chancen diese Aufgaben zu meistern, so günstig wie noch nie. Hohe Wirtschaftskraft, sprudelnde Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und vielen Kommunen und niedrigste Zinsen bieten beste Voraussetzungen. Damit dieses Jahrzehnt nicht das der verpassten kommunalen Chancen wird, gilt es das Zeitfenster der nächsten zwei Jahre endlich richtig zu nutzen.

Deshalb gilt es die Forderungen des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ für gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland aufzugreifen und in politische Initiativen umzuwandeln.

- Zentral bleibt die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes an den Soziallasten. Sie bilden die größte Belastung für alle größeren Städte und sind für die struktur- und finanzschwachen Städte schlichtweg nicht finanzierbar. Die finanzielle Belastung bei den Soziallasten treibt die Schere zwischen armen und reichen Städten immer weiter auseinander.
- Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist die zentrale soziale Aufgabe, um den Menschen, insbesondere den Familien in unseren Großstädten wieder Zukunftsperspektiven und Auswege aus der Armutsfalle zu ermöglichen.

Dafür brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, der dringend durch die Bundesregierung und Agentur für Arbeit eingerichtet werden muss.

- Um einen weiteren Anstieg der Belastung unserer Städte durch die Bundesgesetzgebung zu verhindern, brauchen wir das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene. Es geht nicht, wie am Beispiel des Unterhaltsvorschussgesetzes wieder mal erlebt, dass der Bund Gesetze verabschiedet, die zu einer Mehrbelastung der Kommunen führen. Bei aller gesellschaftlichen Notwendigkeit hat der Bund die Pflicht bei neuen Gesetzen, die Finanzierung sicherzustellen.
- Es ist zu viel Zeit in der Niedrigzinsphase vergangen, ohne das Problem der Altschulden für hoch verschuldete Kommunen zu lösen. Es hat den Anschein, dass die Lösung des Altschuldenproblems so lange verschoben wird, bis aufgrund steigender Zinsen nichts mehr in diese Richtung geht. Die CDU-Bundestagsabgeordneten - insbesondere der süddeutschen Länder - verhindern die dringende Lösung eines Problems, das wie eine Zeitbombe tickt. Steigen die Zinsen wieder an, sind alle unsere Bemühungen umsonst gewesen. Die hohe Verschuldung und ihre Zinsbelastung können alle Zukunfts Bemühungen zunichtemachen.
- Abschließend braucht es endlich wieder eine Förderung der Kommunen nach Bedarf. Viel zulange wurde die Unterstützung nach Himmelsrichtungen organisiert. Das Auslaufen des „Fonds Deutscher Einheit“ bietet jetzt die Chance eine neue Fördersystematik einzuführen, die sich an den sozialen Lasten, der Finanzstärke und der Verschuldung orientiert.

Wir müssen natürlich unsere Hausaufgaben hier vor Ort erledigen. Aber wenn in Bund und Land unsere Rahmenbedingungen nicht verbessert werden, sind unsere Kraftanstrengungen zum Scheitern verurteilt und werden verpuffen. Lassen sie uns also die Haushaltsberatungen bei aller Schwierigkeit zu einem Erfolg führen, damit die Zukunftschancen, die wir uns erarbeitet haben, auch weiter Bestand haben. Und lassen Sie uns gemeinsam in Berlin und Düsseldorf für die Interessen der Menschen in unserer Stadt kämpfen. Ich für meinen Teil kann Ihnen versprechen, dies wie bisher zu machen.